



Ausgabe: 03/Jun 2016 • Herausgeberin: Hanka Kliese, MdL; Texte: Sabine Sieble, Egmont Elschner, Anna Gobeli, Florian Reichold, Hanka Kliese • Gestaltung: Lysann Németh

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben in den vergangenen Wochen viel erlebt, sodass der Platz im Newsletter kaum ausreichend war. Bei meinem Praxis-Tag im Leipziger Uni-Klinikum habe ich den anspruchsvollen Alltag von Krankenschwester/innen nachfühlen können. Für das Büro-Team war der gleichsam traditionelle Besuch beim Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung bewegend, inhaltlich hatten wir uns vorab bereits durch eine Veranstaltung mit Roland Jahn eingestimmt. Die frühen Sommerferien sorgen dafür, dass die Monate Mai und Juni übervoll sind mit Terminen, auch die Haushaltsaufstellung wirft ihre Schatten voraus. So beschleicht uns das Gefühl, dass Politikverdrossenheit und Politiker/innen-Engagement in Haupt- und Ehrenamt sich leider proportional zueinander verhalten.

Eine angenehme Lektüre wünscht

Hanka Kliese



Macht und Gewalt – Das 27. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung (von Florian Reichold)

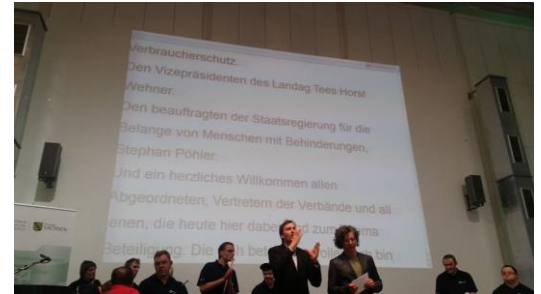
Das Herrschaftssystem der SBZ/DDR stand im Mittelpunkt des diesjährigen Bautzen-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen. Hanka Kliese machte in ihrem Grußwort deutlich, wie wichtig die Beschäftigung mit dem Erbe der SED-Diktatur bis heute ist und wie wertvoll eine Institution wie das Bautzen-Forum bei der Aufarbeitung sein kann. Die Auseinandersetzung mit der Diktatur biete auch die Möglichkeit, gegenwärtige Entwicklungen kritischer und aufmerksamer zu verfolgen: „Die Errungenschaften unserer Demokratie dürfen uns nicht selbstgerecht werden lassen. Und es ist wichtig, dass wir wachsam sind in der Art, wie wir auf drohende Einschränkungen reagieren – etwa bei der Vorratsdatenspeicherung. Hier gibt uns unsere Vergangenheit eine besondere Sensibilität.“ Im Anschluss äußerte sich Roland Jahn (BStU) im Podiumsgespräch zu den Reformvorschlägen der Expertenkommission zum zukünftigen Umgang mit den Stasi-Akten. Im weiteren Verlauf des Forums wurden einzelne Aspekte der Herrschaftsausübung in der SED-Diktatur in Vorträgen und Podiumsdiskussionen analysiert. So diskutierten [Prof. Dr. Rainer Eckert](#), der Bürgerrechtler [Wolfgang Templin](#) und [Stefan Wolle](#) über die Rolle der SED als zentrales Staatsorgan der DDR. Der Umgang mit Unangepassten in der Diktatur wurde u.a. von Christian Kunert, dem Keyboarder der 1975 von der SED verbotenen Rockband RENFT, auf mitunter humorvolle Art und Weise geschildert. Zur Gewalterfahrung in den Jugendwerkhöfen der DDR schilderten Corinna Thalheim und Alexander Müller ihr bewegendes Schicksal. Müller wies darauf hin, dass eine Anerkennung ihres Leides für die Heimkinder teilweise nicht einmal unter den anderen Betroffenen zu erreichen sei. Demütigend sei für die Betroffenen insbesondere, dass die Beweispflicht bei Anträgen – etwa zum Heimkinderfonds – stets bei ihnen liege. Zudem gehe die Bearbeitung nur sehr langsam voran. Thalheim erinnerte: „Man hat bei der Wiedervereinigung nicht nur das Land übernommen, sondern auch die Menschen und damit auch die Schicksale. Man muss sich um sie kümmern.“



Das 27. Bautzen-Forum stieß beim Publikum wie in jedem Jahr auf großes Interesse.

Und wo ist eigentlich der Plan? Präsentation des Aktions- und Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Staatsregierung (von Hanka Kliese)

Die Erstellung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sei eine „logische Schlussfolgerung“ des gemeinsamen Handelns der Staatsregierung, die sich seit 1990 für Menschen mit Behinderung im Freistaat einsetze, sagte Sozialministerin Barbara Klepsch zur Eröffnung der Veranstaltung. Ganz so logisch schien das in den letzten Jahren allerdings nicht, schließlich verweigerte sich die Staatsregierung fünf Jahre beharrlich, einen solchen Plan zu erstellen und lehnte dies in der letzten Legislaturperiode konsequent ab. Damit landete Sachsen als Schlusslicht auf der Liste der Länder, denn außer in Niedersachsen war ein solcher Plan bereits überall in die Tat umgesetzt. Doch blicken wir in die Gegenwart: Die Veranstaltung zur Vorstellung des Aktionsplanes zeigte tatsächlich ein Umdenken in ihrem äußeren Rahmen. Sie ließ in puncto Barrierefreiheit kaum Wünsche offen. Doch trotz des wunderbaren Ortes, der inklusiven musikalischen Eröffnung und vieler Dankesreden gingen viele engagierte Menschen, die sich seit Jahren für Teilhabe im Freistaat einsetzen, enttäuscht nach Hause. Wie konnte das passieren? Der Plan, der als solcher an diesem Tag das Licht der Öffentlichkeit erblicken sollte, wirkte wenig planvoll. Vielmehr erschien er als eine impressionistische Ideensammlung und ließ oftmals seinen „roten Faden“ vermissen. Die Idee, es müsse mehr barrierefreie Taxen geben, ist sehr gut – doch sollte zu einer solchen Veranstaltung nicht bereits herausgefunden worden sein, wer dafür zuständig ist und ob man das beeinflussen kann? Hier verlor man sich zu oft im „Da müssen wir mal sehen, ob wir da was machen können“. Überhaupt ist vermeintliche oder tatsächliche Nicht-Zuständigkeit des Freistaates der Hemmschuh Nummer eins gewesen. Barrierefreie Sozialräume als ganzheitlicher Ansatz waren weniger gefragt – schade. Ich habe mich sehr gefreut, als wir im Koalitionsvertrag den Aktions- und Maßnahmenplan verankert haben. Den Zeitverzug habe ich stets verteidigt, denn mir war wichtig, dass die Qualität am Ende stimmt. Diesen Anspruch kann der Plan leider nicht einlösen, obwohl die zahlreichen Ehrenamtlichen in den Arbeitsgruppen sehr viel Kompetenz beibrachten. Es wurde leider schmerzhaft deutlich: Die Inklusion ist und bleibt das ungeliebte Kind des Sozialministeriums.



Der inklusive Rahmen der Veranstaltung weckte zunächst Hoffnungen.



Besuch im Sächsischen Landtag – politische Bildung ganz praktisch (von Sabine Sieble)

Besuchergruppen sind eine schöne Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürgern aus den Wahlkreisen die Arbeit der Abgeordneten im Sächsischen Landtag näherzubringen. Jedem der 126 Abgeordneten steht dafür jährlich ein Budget von 1500 Euro zur Verfügung, um Kosten z.B. für An- und Rückfahrt und Verpflegung vor Ort zu decken. Betreut vom Besucherdienst des Landtages erfahren die Bürgerinnen und Bürgern viel über die Historie des Hauses, die Abläufe im Landtag sowie die Arbeitsweise des Parlaments. An einem Plenartag gehört es natürlich dazu, der aktuell laufenden Debatte von der Besuchertribüne aus zu folgen. Und selbstverständlich darf ein Gespräch mit dem oder der Abgeordneten nicht fehlen. Am Nachmittag des 20. April besuchten auf Einladung von Hanka Kliese Ehrenamtliche des Bürgerhauses Chemnitzer City und des Bürgerhauses Leipziger Straße den Landtag. Gemeinsam mit ihrer Chemnitzer Kollegin von der LINKEN, Susanne Schaper, stellte sich Hanka Kliese u.a. den Fragen zur Anbindung der Stadt Chemnitz an das Fernbahnnetz der Deutschen Bahn und zur Förderung des Ehrenamts und „ihrer“ Bürgerhäuser durch Stadt und Land. Im Gegensatz zu sonstigen Sitzungstagen war an diesem Aprilmittwoch die Tagesordnung bereits um 17 Uhr abgearbeitet. Und so „löcherte“ die Gruppe sowohl den studentischen Mitarbeiter des Besucherdienstes als auch MdL Jörg Vieweg (SPD), der zufällig vorbeikam und die Chemnitzerinnen und Chemnitzer begrüßte, – und später, auf der Rückfahrt auch mich. Seit vielen Jahre begleite ich nun Gruppen auf diesen Fahrten und es macht mir immer noch viel Freude, nicht zuletzt, weil es eine wichtige Aufgabe ist: Man erfährt, wie die eigene, sozialdemokratische Landespolitik „draußen“ ankommt, welches Bild Menschen von „der Politik“ haben. Zugleich haben wir, haben alle Abgeordneten die Chance – ganz im Sinne politischer Bildung – auf solchen Fahrten zu zeigen und zu erklären, dass das politische Tagesgeschäft oftmals vielschichtiger und komplexer ist als eben jenes Bild.



Am Modell des Sächsischen Landtags erfahren die Chemnitzer Besucher mehr über die Historie des Hauses.



Ein Praxistag im Krankenhaus (von Hanka Kliese)

Ich bekomme einen blauen Stoffbeutel mit einer Wasserflasche und Gummibärchen und dann komme ich auf die Station, auf der ich einen halben Tag hospitiere. Es ist die Neuropädiatrie. Hier sind Kinder mit Epilepsie, Hirnhautentzündung und anderen Erkrankungen, größtenteils mit ihren Eltern, zum stationären Aufenthalt. Vor der Visite lerne ich die Ärzte kennen, sie nehmen sich Zeit, für mich und ihre kleinen Patienten. Im persönlichen Gespräch wird den Eltern erläutert, wie es weiter geht. Gern möchte ich mithelfen und nicht nur rumstehen. Mit einer FSJlerin fahre ich ein kleines Mädchen zum MRT und später helfe ich noch etwas bei der Aufnahme einer neuen Patientin. Ständig desinfizieren wir uns die Hände, um das Keimrisiko zu mindern. Es ist ein ruhiger Tag, sodass ich mit der Oberschwester ins Gespräch kommen kann. Sie wünscht sich mehr Zeit für die kleinen Patienten. Das ständige Arbeiten am Computer und die Diskussionen um die Abrechnung nehmen viel Aufmerksamkeit in Anspruch. Die Ökonomisierung sozialer Arbeit wird im Krankenhaus ähnlich spürbar wie im Altersheim oder der Kindertagesstätte, in denen ich in den letzten Jahren – ob als FSJ oder im Rahmen der Perspektivwechsel – tätig war. Ich bin froh über diesen Einblick in die Arbeit. Dann kann ich noch kleine Patienten, die an Diabetes leiden, kennen lernen, sie werden gemeinsam mit ihren Eltern beraten. Im Landtag arbeiten wir gerade an einer parlamentarischen Initiative, die solche Kinder in der Schule unterstützen soll. Nach der Übergabe an den Spätdienst ist meine Arbeit schon vorbei und ich nehme viele Erkenntnisse mit. Ich kann diese Erfahrung all meinen Kollegen empfehlen.



Ein Blutzuckermessgerät wird erklärt.

**„Krieg im Äther“ – Filmvorführung und Gespräch mit Roland Jahn** (von Florian Reichold)

Der Kalte Krieg wurde nicht nur mit militärischen Drohgebärden, von Geheimdiensten und auf politischer Ebene geführt, auch die Medien waren ein wichtiges Instrument der Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Unter dem Titel „Krieg im Äther“ geht eine mit Mitteln der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderte und vom Wilhelm-Fraenger-Institut erarbeitete Ausstellung der Frage nach, welche Rolle das Fernsehen als Mittel der Auseinandersetzung zwischen Ost und West gespielt hat. Texttafeln und TV-Beispiele von 1956 bis 1989 zeigen das Fernsehen als Mittel der Propaganda einerseits und als Weg zur freien Meinungsbildung andererseits. Zu bedeutenden historischen Ereignissen wie Mauerbau und Mauerfall bietet das die Ausstellung begleitende DVD-Paket Fernsehberichte aus der Perspektive beider deutscher Staaten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen lud am 17. Mai zur Präsentation der Ausstellung ins Chemnitzer Weltecho. Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, berichtete im Podiumsgespräch mit Hanka Kliese über seine Erfahrungen aus der Zeit des medialen Klassenkampfes beider deutscher Staaten.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einem von Jahn recherchierten und gestalteten Beitrag des Politmagazins „Kontraste“ aus dem Jahr 1989 mit dem Thema „Wahlen als Farce“. Unter dem Pseudonym Jan Falkenberg ging er damals einmal im Monat auf Sendung und berichtete über die Opposition in der DDR. Die Zuschauer in der DDR konnten so aus dem Westfernsehen Berichte über die tatsächliche Situation im bröckelnden SED-Staat erhalten, welche ihnen das staatlich regulierte DDR-Fernsehen vorenthielt. Jahn unterstrich dabei, dass die Beiträge nicht nur für das Publikum im Osten gedacht waren, sondern auch dem westlichen Publikum Einblicke in die Lebenswirklichkeit hinter dem Eisernen Vorhang gewähren sollten. „Wie viele DDR-Bürger habe ich jeden Abend im Westen gelebt“, so Jahn. Eben dieses Bewusstsein über die Wirkung des Westfernsehens in die DDR hinein, sei bei seinen späteren Recherchebeiträgen hilfreich gewesen. Der Film „Der Tote im Fließ“, die sechste Folge der Reihe „Polizeiruf 110“, von 1972, rundete den Abend ab. Anschließend konnten sich die ca. 60 Besucher im Rundgang die Ausstellung ansehen. Für Bildungseinrichtungen oder andere an der Ausstellung Interessierte, bietet sich die Möglichkeit, die Ausstellung in Absprache mit dem Bürgerbüro politik.offen zur eigenen Verwendung auszuleihen.



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Roland Jahn, im Gespräch mit Hanka Kliese.



Das Bundesteilhabegesetz kommt – begleitet von viel Kritik (von Sabine Sieble)

Der Gesetzentwurf zum neuen Bundesteilhabegesetz wurde durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vorgelegt. Nachdem Verbände Stellungnahmen eingereicht haben, befindet sich der Entwurf nun in der Ressortabstimmung, bevor er dem Deutschen Bundestag und damit den Abgeordneten zur Abstimmung vorgelegt wird. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt lud die SPD-Bundestagsfraktion zur Fachtagung „Selbstbestimmt und mittendrin – das Bundesteilhabegesetz kommt!“ in das Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags. Die Sozialdemokraten wollten v.a. die Kritikpunkte am Entwurf in ihre weitere Arbeit einfließen lassen. Die Parlamentarische Staatssekretärin des BMAS, Gabriele Lösekrug-Möller, stellte zu Beginn die wesentlichen Neuerungen des Gesetzes, wie z.B. unabhängige Teilhabeberatung, das Budget für Arbeit oder die Verbesserung der Schwerbehindertenvertretung, vor. So wie Ministerin Andrea Nahles in ihrer Videogrüßbotschaft „Radikalkritik“ am Entwurf zurückwies, betonte auch Lösekrug-Möller, dass ein Gesetz, das „alle Wünsche erfüllt, keine Mehrheit im Bundestag und Bundesrat“ hätte. Der Unmut insbesondere von Menschen mit Behinderungen wurde an dieser Stelle sicht- und hörbar. Eine Gruppe skandierte „Nicht mein Gesetz“ und drehte der Staatssekretärin demonstrativ den Rücken zu. Auf diese Fundamental- aber auch auf die konstruktiv vorgetragene Kritik – v.a. hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensanrechnungen sowie der Zusammenfassung von Leistungen für Anspruchsberechtigte – ging sowohl der Inklusionsbeauftragte der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Josef Neumann, als auch die Sprecherin für Inklusion der Bundestagsfraktion, Kerstin Tack, ein. Neumann erinnerte daran, dass viele Menschen mit Behinderung, viele Verbände und politische Mandatsträger „20 Jahre für eine Neuregelung gekämpft haben und diese Chance sich so schnell nicht wieder auftut“. Und nun sei unter den „Bedingungen der Schwarzen Null“ (d.h. keine Neuverschuldung) ein Vorschlag auf den Tisch gekommen, den es konstruktiv-kritisch zu begleiten gilt. Gerade vor diesem Hintergrund bat er die „Nicht mein Gesetz“-Aktivisten ihre Kritik auch an die CDU-Abgeordneten zu richten. Der an die SPD gerichteten Forderung der Protestierenden „auszusteigen“ entgegnete Tack, dass gemäß Koalitionsvertrag der Auftrag besteht, das Gesetz auf den Weg zu bringen und dass die vielen Forderungen von Menschen mit Behinderungen, von Verbänden, von Trägern in Ausgleich gebracht werden müssen.



Lebhafte Diskussion auf dem Podium

Einblicke in mein zweites Praktikum im Bürgerbüro politik.offen (von Anna Gobeli)

Mein Name ist Anna Gobeli, ich bin 19 Jahre alt und derzeit absolviere ich mein zweites Praktikum im Bürgerbüro von Hanka Kliese. Nach meinem Abitur im letzten Jahr entschied ich mich, ein Orientierungsjahr einzulegen. Dieses wollte ich nutzen, um möglichst viele Einblicke in Bereiche zu bekommen, für die ich mich interessiere, um so meine Studienwahl für das Wintersemester 2016/17 treffen zu können. So arbeitete ich unter anderem in einem Steuerbüro, einer Rechtsanwaltskanzlei sowie im umweltpädagogischen Bereich. Im Mai hatte ich nun das Glück, ein Praktikum bei Hanka Kliese im Bürgerbüro politik.offen absolvieren zu können, was mich sehr freute, da ich bereits mein Schülerpraktikum vor vier Jahren hier verbrachte. Es war interessant zu erleben, wie sich das politische Sein meiner selbst in diesen vier Jahren verändert hat, beziehungsweise welche politischen Schwerpunkte im Vergleich nun für mich interessant geworden sind. In diesen vier Wochen bekam ich einen breiten Überblick über die Aufgaben im Bürgerbüro, besonders natürlich in den Bereichen Inklusion, Kulturpolitik und Erinnerungskultur, für welche Hanka Kliese im Landtag Sprecherin ist. So wurde ich vor allem mit Rechercheaufgaben beauftragt, durfte eine Pressemitteilung verfassen und Hanka Kliese, sowie die Mitarbeiter Sabine Sieble, Florian Reichold und Egmont Elschner bei Terminen begleiten. Darunter fielen zum Beispiel die Vergabe des Inklusionspreises im Dresdner Landtag, eine Besprechung zur „Charta der Vielfalt“, die Präsentation der Ausstellung „Krieg im Äther“ und eine Plenarsitzung. In meiner Zeit hier konnte ich erneut viele neue Erfahrungen sammeln und Politik „hautnah“ miterleben, wofür ich mich ganz herzlich bei Hanka Kliese und ihren Mitarbeitern im Bürgerbüro bedanken möchte!



Als „Abschiedsgeschenk“ gab es ein gemeinsames Frühstück, inklusive Studienberatung durch Rechtsanwalt Jürgen Renz.

875 Jahre seit der ersten urkundlichen Erwähnung von Chemnitz

(von Egmont Elschner)

„Das ist die Gelegenheit, gemeinsam über Geschichte nachzudenken“, meint Prof. Christoph Fasbender, Prorektor der TU-Chemnitz. Er schlägt vor, das Jubiläum in vielen von Bürgerinnen und Bürgern selbst gestalteten Ereignissen zu feiern, statt in repräsentativen Großereignissen. Man nehme sich ein Thema, z.B. die Bedeutung von Gärten zur Selbstversorgung und Erholung in Chemnitz, recherchiere über das aktuelle private Grün in Chemnitz und werfe einen Blick zurück in die Geschichte, als Mönche z.B. mit der Anlage eines Klostersgartens anfangen.

Da ist kein Stück Kultur, das nicht zur Reflektion geeignet wäre, ob Brotbacken, ob Verwendung und Entsorgung von Glasflaschen, ob Fragen der Kindererziehung, der Freizeitgestaltung, der Schlaf- und Essgewohnheiten und und und. Aus den Ergebnissen der gemeinsamen Erkundung lassen sich Dokumente und Events gestalten, mit denen die Chemnitzerinnen und Chemnitzer an dieser Reflektion von Stadtgeschichte teilhaben können.

Der Nutzen liegt auf der Hand. Einerseits können viele Aspekte von Geschichte in schöner Vielfalt und Unterschiedlichkeit gestaltet werden, andererseits wird der Anlass des Jubiläums zu einer Gelegenheit, gemeinsame, selbstbestimmte Ereignisse zu schaffen. Das ist eine aktive Form des Feierns und kein „nur konsumieren“.

Natürlich verlangt auch diese Form, dass Initiative ergriffen wird, dass sich zusammengerauft wird, dass in Diskussion und Geduld Gemeinsames entsteht. Eine schöne Idee, man muss sie sich nur aneignen.



Chemnitz sammelt Ideen für seine Jubiläumsfeier
(Quelle: Stadt Chemnitz)

POLITIK.OFFEN HILFT – HELFEN SIE MIT!

Diese vier Hunde unterstützen Mandy Kaldenbach bei der Ausbildung weiterer Therapie- und Behindertenbegleithunde. Aufgrund einer Erkrankung muss Mandy Kaldenbach mindestens ein halbes Jahr die Ausbildungsstätte ruhen lassen. Das heißt auch: es fehlen in dieser Zeit Einnahmen u.a. für das Futter für diese vier Hunde. Nach ihrer Genesung – Ende dieses Jahres – möchte Mandy Kaldenbach gemeinsam mit ihren Hunden die Arbeit wieder aufnehmen.

Wir haben bereits gespendet, damit die Hunde ihr Frischfleisch bekommen.

Helfen auch Sie mit, die monatlichen anfallenden Kosten von 160 Euro für Frischfleisch zu sichern und spenden Sie unter dem Stichwort „Futterspende“ auf das Konto der Sparkasse Erzgebirge (IBAN: DE88 8705 4000 3612 0163 92 BIC: WELADES1STB).



Die Ausbildungsstätte für Therapie- und Behindertenbegleithunde ist ein Projekt des Selbsthilfeverbandes Soziale Projektorganisation Annaberg-Buchholz e.V.